

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsdruckerei: Tagesblatt Riesa.
Grenzstr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa.

Postfachkonto: Dresden 1538
Groszstr. Riesa Nr. 52.

Nr. 259.

Mittwoch, 5. November 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Wähe und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Blättern wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift, 6 Zeilen (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Restfläche 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Beste Tarife, bewilligter Rabatt, wenn der Betrag verästelt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Kurzfristige Unterhaltungsbeiträge, Erzähler an der Elbe. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Landtagsneuwahl?

Von Professor Dr. Ernst Boehm, Dresden.

Am nächsten Sonnabend wird eine für Sachsen wichtige Entscheidung fallen. Wird mit den Reichstagswahlen zugleich auch ein neuer Landtag gewählt werden, wie das in so vielen anderen deutschen Ländern geschieht? Oder wird sich eine Mehrheit im Landtag finden, die seine Auflösung ablehnt und die jetzige Regierung der großen Koalition weiter bestehen läßt? Wie die Entscheidung schließlich ausfallen wird, weiß niemand. Deutschnationale, Kommunisten und der radikale Flügel der Sozialdemokratie betreiben die Auflösung. Die Deutsche Volkspartei und die Demokraten haben zurzeit noch keine Entscheidung getroffen. Die Haltung der koalitionsfreundlichen Sozialdemokraten kann noch Ueberraschungen bringen.

Es ist begreiflich, daß diese Ungewissheit der Lage in allen politischen Kreisen des Landes Unruhe und nicht selten Erregung, ja Entrüstung hervorruft. Ist die Sache nicht klar? Kann für das politische Gefühl die Sache überhaupt zweifelhaft sein? Immer noch besteht im Landtag eine kommunistisch-sozialdemokratische Mehrheit. Alle wichtigeren Wahlergebnisse des letzten Jahres lassen es als äußerst wahrscheinlich, ja als gewiß erscheinen, daß diese Mehrheit bei einer jetzt vorzunehmenden Landtagswahl abbrechen und durch eine nichtsozialistische, oder wie man leider sagt „bürgerliche“ Mehrheit verdrängt wird. Und Wahlen sind teuer! Ist es da nicht selbstverständlich, daß man die Gelegenheit benützt und gleich zwei Wahlen auf einmal erlebt? Lobfeind jedes Wahlerfolges ist die Wahlmüdigkeit. Gibt es ein besseres Mittel, sie für die Landtagswahlen zu bekämpfen, als wenn man die politische Erregung, die mit Reichstagswahlen verbunden zu sein pflegt, auch für die Landtagswahlen ausnützt? Und die Kampffront ist klar gegeben. In dieser Zeit landesweiter Befundung darf eine Partei im Reich nicht mahnenden Einfluß haben, die wie die Sozialdemokratie auf dem lebenswichtigen Gebiete der Steuer- und Zollaufhebung nicht die Hauptaufgabe sieht, Finanzen und Wirtschaft zur Blüte zu bringen, sondern die in der Behandlung der hiesiger geborenen Fragen nur die Mittel zu höchster Klaffenkriege sucht, der schließlich für alle Kreise des Volkes ruhmlos wie die Erfahrungen der letzten Jahre auch dem Parteiführer geseit haben sollten. Kann es richtig sein, den Reichstagswahlkampf dadurch zu bekämpfen, daß man während des Kampfes gegen die Sozialdemokratie gleichzeitig in Sachsen ein Regierungsbündnis mit ihr aufrecht erhält?

Mit solchen und ähnlichen Fragen lassen sich ohne Schwierigkeiten noch ein paar weitere Spalten füllen. Daher ist es begreiflich, daß es zunächst einmal ein Kopfschütteln bei zahlreichen Anhängern namentlich der Deutschen Volkspartei hervorruft, wenn sie hören, daß auch in maßgeblichen Kreisen ihrer Partei die Frage noch offen ist, ob man am 7. Dezember auch Landtagswahlen vornehmen soll oder nicht.

Aber nehmen wir einmal an, es käme dazu, und der Landtag bestände dann eine bürgerliche Mehrheit. Wie sähe dieser Landtag in seinen wichtigsten Teilen aus? Da hätten wir zunächst eine sozialdemokratische Fraktion, wie wir sie seit der Revolution in Sachsen trotz allem noch nicht erlebt haben. Da man sich in der sächsischen Sozialdemokratie an die Empfehlung des Berliner Parteivorstandes, die alten Abgeordneten wieder anzustellen, im allgemeinen nicht zu halten geneigt, würde man zwar mit den Gesetzen der Herren Arat und Liebmann Wiedererlebensfreude feiern können, würde diese beiden aber als mutmaßliche Fraktionsführer und relative Gesetzkritiker an der Spitze eines Sammelbündnisses sozialistischer Parteimitglieder und radikaler Fanatiker stehen, mit denen eine politische Zusammenarbeit einfach wegen Unfähigkeit unmöglich wäre. Auch die Demokraten kämen in anderer, aber nicht schönerer Verfassung wieder. Vor allem verläutet leider, daß der Abg. Dr. Dehne, der ein ungewöhnliches neues Amt angetreten hat, nicht wiedererlebt wird. Damit ginge der demokratischen Fraktion einer ihrer besten Köpfe verloren, ein Mann von Ausmaß, Zuverlässigkeit und von politischem Blick und Takt. Er hat so manches Mal die Reihen von den Seinen an die Spitze der politischen Vernunft genommen. Nach seinem Weggange werden so manche kleine glauben, große geworden zu sein, und es läßt sich leicht denken, wie sie der Ruben ihres Parteiführers nach in Berlin nicht schlafen lassen wird und sie mit gleicher Unentwegtheit der Ueberzeugung jede Koalition mit den Deutschnationalen — und natürlich den Wätschen ablehnen werden. Denn — die Wätschen, das ist eine Hauptfrage, werden auch mit von der Partei sein, aller Voraussicht nach ein paar Mann stark ins Landtagsgebäude einziehen und gerade diejenigen sein, welche die „bürgerliche“ Mehrheit entscheidend bilden helfen. Die Wätschen sind nun erfahrungsgemäß kaum weniger fähig als die Linksdemokraten, zeichnen sich aber, wie die Erfahrungen im Reichstag und den sächsischen Gemeindevertretungen gezeigt haben, durch die wunderlichsten politischen Hochsprünge aus, durch die sie vor jedermann den Nachweis zu führen wänschen, daß sie ganz bestimmt und gewiß und wahrhaftig keine „bürgerliche“ Partei (mit drei Kreuzen dahinter) seien, durch die sie aber nur erweisen, daß jeder auf Sand baut, der mit ihrer Hilfe eine folgerichtige und zielklare Politik durchzuführen unternimmt.

Wie soll nun nach der Landtagswahl die neue Regierung aussehen? Die große Koalition ist wegen der kommenden Sozialdemokratie unmöglich, Deutschnationale und Volkspartei dürfen kaum erwarten, allein aus eigener Kraft eine tragfähige Mehrheit bilden zu können. Wätsche, Demokraten und Deutschnationale hier in Sachsen auch

nur für einige Dauer unter einem Hut zu bringen, ist unmöglich. Das bei Neuwahl drohende Ergebnis ist daher ein noch weniger günstiges, als es uns im Reich die letzten Reichstagswahlen gebracht haben: Ständige Regierungskrisen, widerwärtiges Parteiengetöse, völlige Unmöglichkeit, zu ruhiger, politischer Arbeit zu kommen. Und im Endergebnis: Nach längstens 6 Monaten stehen wir wiederum vor Neuwahlen, die aber dann von einer politischen Angelegenheit und dem ganzen sächsischen Parlamentarismus in Gleichgültigkeit oder Abscheu gegenüberstehenden Wählerchaft vorzunehmen wären.

Die Landtagsabgeordneten der Deutschen Volkspartei und der Demokraten tragen daher eine schwere Verantwortung, wenn sie vor die Frage gestellt werden, von sich aus zu entscheiden, ob der Landtag und damit die bestehende Koalition aufgelöst werden soll. Der Einwand, daß das Regierungsbündnis mit dem rechten Flügel der Sozialdemokratie den Reichstagswahlkampf läutern werde; kann von niemand, der die sächsischen politischen Verhältnisse genauer kennt, als durchschlagend anerkannt werden. Die Schärfe, mit der der Reichstagswahlkampf gegen die radikale Sozialdemokratie, die allein die Kandidaten stellen wird, geführt werden wird, braucht in nichts durch die Erwägung gemindert zu werden, daß es in Sachsen eine nicht kleine Zahl von Sozialdemokraten gibt, die zwar ihre in einem Menschenleben vertretene politische Ueberzeugung beibehalten haben und die Interessen der Arbeiterklasse auf sozialistische Weise zu vertreten suchen, die aber gelernt haben, daß man den ärmeren Schichten unseres Volkes nicht dient, wenn man durch fortgesetzten Klassenkrieg jede gesunde und ruhige Entwicklung der Verhältnisse hintertreibt. Und nur mit diesen maßvollen und durch Erfahrung gestärkten Sozialdemokraten, die ganz gewiß trotz alledem von jeder bürgerlichen Partei als scharfe Gegner empfunden werden, besteht die Regierungskoalition.

Sollte es sich durch die Entwicklung der Ereignisse während der laufenden Woche am nächsten Sonnabend herausstellen, daß die Fortführung der großen Koalition und die Beibehaltung der gegenwärtigen Regierung möglich ist, die Landtagsneuwahlen daher vermeidbar sind, so ist kein Zweifel, daß es leicht sein wird, die Anhänger der bürgerlichen Koalitionsparteien von der Nichtigkeit eines Entschlusses zu überzeugen, der den Sprung ins Ungeheure vermeidet und dem vielgeplagten Sachsen zunächst einmal noch für mehrere Monate, vielleicht sogar für zwei Jahre, die Möglichkeit einer ruhigen und organischen Weiterentwicklung gewährt und jedem im Lande die Möglichkeit gibt, seinen Arbeiten und Pflichten ungehindert nachgehen zu können.

Sollte diese Möglichkeit nicht bestehen, und die Notwendigkeit der Auflösung des Landtags sich ergeben, dann gilt es, alle Kreise des Volkes auf die Gefahren der Parteipflichterfüllung, des Wählens bloßer Parteisanatiker hinzuweisen, um dann nach Einfluß aller Kräfte einen Landtag zu erreichen, der eine starke und arbeitsfähige Regierung auch wirklich bilden und tragen kann.

War die Reichstagsauflösung notwendig?

*) Münchener. Vor einer stark besuchten Versammlung beantwortete Reichskanzler Dr. Wray die Frage, ob die Auflösung des Reichstages notwendig war, bejahend. Er wies dabei besonders auf außenpolitische Gründe hin und betonte, daß die Einziehung deutschnationaler Mitglieder in die Regierung das bisher mühsam bekämpfte Mißtrauen des Auslandes von neuem erweckt hätte. Mit aller Entschiedenheit wies der Kanzler die Behauptung zurück, daß der Reichspräsident auf die Auflösung des Reichstages hingearbeitet habe. Der Reichspräsident habe in keiner Weise die Schritte des die Verantwortung für die Politik allein tragenden Kanzlers zu beeinflussen versucht. In außenpolitischer Hinsicht müßte der einmal eingeschlagene Weg konsequent weiter verfolgt und an dem Gedanken der Verhandlungspolitik festgehalten werden. Den Weg zur Freiheit, so sagte der Kanzler, müssen wir uns durch Arbeit und besonnenes Handeln in ruhiger kühler Verteilung des wirklichen Sachverhaltes erkämpfen. Wir müssen den Weg zur wirtschaftlichen Gesundung weiter verfolgen, der durch die Londoner Konferenz und die Danesgeleise eröffnet worden ist. Ob wir die dem deutschen Volke auferlegten Lasten im vollen Umfang werden tragen können, werde die Zukunft lehren. Die Pflicht verlangt von uns, das Reich zu erhalten und den ehelichen Willen zu befestigen, unseren Verpflichtungen nach besten Kräften nachzukommen. Das ist zunächst die einzige Politik, die uns Luft schafft und uns die Möglichkeit gibt, unsere zerrüttete Wirtschaft allmählich wieder aufzurichten. Der Kanzler verwarf schließlich die rein negative Kritik der Gegner dieser Politik und betonte die ernste Pflicht, mit aller Entschiedenheit sich auf den Boden der Verfassung zu stellen und jede ungesetzliche namentlich gewaltsame Veränderung der Verfassung nach Kräften zu bekämpfen.

Die Ausführungen des Kanzlers fanden wiederholt namentlich am Schluß lebhaften Beifall.

Die Tätigkeit der Kontrollkommission.

*) Berlin. In der Woche vom 27. Oktober bis 1. November wurden von der F. W. A. A. wieder 139 Kontrollbesuche ausgeführt, und zwar: bei Städten und Truppen 32, bei Festungen, Zeugwätern, Uebungsplätzen usw. 13, bei Dienststellen der Deeresverwaltungen 27, bei Polizeistellen 26, bei industriellen Werken und Fabriken 41, darunter zwei nicht anwesende Besuche bei Truppen.

Nicktritt des Kabinetts Macdonald.

Waldwin übernimmt die Neubildung der englischen Regierung.

London. (Reuter.) Nach einem gestern nachmittag abgehaltenen Kabinettsrat begab sich Macdonald um 5 Uhr nach dem Buckingham-Palast, um dem König das Rücktrittsgesuch des Kabinetts zu überreichen, daß dieser ausnahm. Baldwin hat die Neubildung des Kabinetts übernommen.

Die Präsidentenwahl in Amerika.

Präsident Coolidge wiedergewählt.

New York. (Funkpruch.) Es steht nunmehr endgültig fest, daß Präsident Coolidge mit großer Mehrheit wiedergewählt worden ist.

New York. (Funkpruch.) Obwohl genaue Wahlergebnisse aus den einzelnen Staaten noch nicht vorliegen, steht doch fest, daß die Wiederwahl Coolidges mit ungeheurer Mehrheit erfolgt ist. Wahrscheinlich sind von den 531 Wählermännern mehr als 300 seiner Anhänger gewählt, wobei Davis noch 200 Stimmen von den demokratischen bzw. progressiven Führern erwartete Stimmenzahl erreicht.

New York. (Funkpruch.) Republican Tribune meldet, daß der Demokrat Smith mit 100 000 Stimmen Mehrheit gewählt worden ist.

Die Steuerreform im Reichsrat.

Auf der Tagesordnung der Reichsratsausschüsse vom Dienstag stand die Beratung der vom Reich vorgeschlagenen Steuerreform. Nach längeren vertraulichen Verhandlungen haben die Reichsratsausschüsse die Reichsregierung erwidert, die weitere Beratung bis zum kommenden Freitag auszuschieben, an welchem Tage die Finanzminister der einzelnen deutschen Länder ohnehin in Berlin anwesend sein werden. Die geplanten Steuerreformvorhaben können sich frühestens am 13. November auswirken. Zu diesem Termin werden die Vorausabgaben der Landwirtschaft auf die Einkommensteuer fällig.

General Mathusius nach Lille geschleppt.

Eine unerhörte französische Provokation.

Paris. Der in Forbach verhaftete General Mathusius ist, wie Havas berichtet, nach Lille übergeführt worden, wo er sogleich vom Kriegsgericht in Abwesenheit zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Er muß sich einem neuen Urteil unterwerfen.

Scharfer Protest des Deutschen Offiziersbundes.

Berlin. Dem Deutschen Offiziersbund wird mitgeteilt: Das Vorgehen der französischen Behörden gegen den General v. Mathusius bedeutet einen schweren Mißbrauch und zugleich einen Akt der Gewalt gegen einen deutschen Staatsangehörigen. General v. Mathusius konnte selbstverständlich den französischen Boden nur mit einem ordnungsgemäßen Paß und einem französischen Visum betreten. Durch Erteilung des Passes hat ihm die französische Regierung freies Geleit zugesichert. Man gewinnt aus der Verhaftung den Eindruck, daß man dem General eine Falle gestellt hat. Die deutsche Regierung hat die Pflicht, diesem unerhörten Rechtsbruch internationalen Charakters mit allen Mitteln entgegenzutreten; sie hat die sofortige Freisetzung des Verhafteten und eine förmliche Entschuldigung der französischen Regierung zu verlangen.

Das alles ist unabhängig von der französischen Behauptung, daß General v. Mathusius während des Krieges Verfehlungen gegen die französischen Geiege begangen haben soll. Ueber die sogenannten Kriegsverbrechenprojekte ist bereits das Notwendige oft genug gesagt worden. Sie sind mit jeder Rechtsauffassung unvereinbar. Sollte v. Mathusius auf Grund eines solchen Prozedurteils seiner Freiheit beraubt werden, so wäre das ein zweites Versailles, gegen den sich die deutsche Regierung zu wenden hat. General v. Mathusius kann versichert sein, daß das deutsche Offizierskorps geschlossen hinter ihm steht und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln seine Befreiung betreiben wird.

Der nach Lille transportierte General soll von neuem vor ein Kriegsgericht gestellt werden. Er hatte von 1904 bis 1912 die 16. Trainabteilung in Forbach kommandiert, wo sein Schwiegervater starb. Gelegentlich des Allerlei-tages war er nun mit dem Ausweis des Oberkommandanten von Elßah-Pöfingen, der jedem Deutschen für den Besuch von Angehörigengräbern auf zwei Tage ausgestellt wird, zum Besuche des Grabes seines Schwiegervaters nach Forbach gekommen. Er traf auf dem Bahnhof in Forbach nachmittags ein und wurde von einem eigens nach Forbach entsandten Angehörigen der Pariser Spezialpolizei festgenommen. In der Urteilsbegründung des Väter Kriegsgerichts vom 12. Mai 1921 hieß es damals, daß General v. Mathusius, der im Sommer 1918 Kommandeur des Trains der deutschen Armee in Reims war, unehrenhafte Requisitionen (!) voranommen hätte.